

# SYSTEMRELEVANT 202: DIE KINDERGRUNDSICHERUNG IN DER LANGFRISTWIRKUNG

**Schafft die Kindergrundsicherung bessere Bildung und weniger Kinderarmut? Bettina Kohlrausch und Tom Krebs werfen einen Blick darauf, wie die Kindergrundsicherung Bildungschancen verbessern und Kinderarmut bekämpfen könnte. Welche Chancen bietet die Reform und wo liegen die Herausforderungen?**

**Marco Herack:**

Heute ist Mittwoch, der 29. Mai 2024. Willkommen zur 202. Ausgabe von Systemrelevant. Wir werden uns heute über die Kindergrundsicherung unterhalten. Und ich bin mir recht sicher, dass es ein Thema, in dem viele Gerechtigkeitsfragen stecken. Dazu begrüße ich recht herzlich Bettina Kohlrausch. Hallo!

**Bettina Kohlrausch:**

Hallo!

**Marco Herack:**

Du bist Direktorin des WSI, dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans Böckler Stiftung. Und Tom Krebs. Grüß Dich.

**Tom Krebs:**

Ja, Hallo.

**Marco Herack:**

Du bist Professor für Makroökonomie an der Universität Mannheim, Senior Fellow am IMK der Hans-Böckler-Stiftung und Mitglied der Mindestlohnkommission. Von der Redaktion habe ich den Hinweis erhalten, dass wir einen Geschichtspodcast haben. Den werden wir euch in den Shownotes verlinken. Da sind jetzt zwei Folgen schon erschienen, in die ihr reinhören könnt und es wird in unregelmäßigen Abständen weitere Folgen geben.

Ansonsten vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, dann könnt ihr uns beispielsweise auf X antickern @boeckler\_de oder auch per E-Mail an [systemrelevant@boeckler.de](mailto:systemrelevant@boeckler.de). Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Das hier ist eine Sommerfolge, das heißt, wir haben die Folge vorab aufgenommen und werden sie während der allgemeinen Urlaubszeit senden, was dann auch den zeitlichen Versatz zwischen Aufnahme und Sendung erklärt, der euch vermutlich auffällt.

Mein Name ist Marco Herack und auch wenn wir im April das Thema Kindergrundsicherung schon einmal besprochen haben, Bettina, kannst du uns noch mal ganz kurz erinnern, was diese Kindergrundsicherung ist?

**Bettina Kohlrausch:**

Die Kindergrundsicherung ist eigentlich erst mal eine Idee für ein politisches Instrument, das Instrumente, die es im Moment auch schon gibt, im Sozialstaat zusammenfasst. Weil es so ist, dass es sehr, sehr viele Leistungen gibt für Kinder, die auch unterschiedlich hoch sind. Also es gibt einmal das Kindergeld, das kriegen im Prinzip erstmal alle Kinder außer Kinder, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Dann gibt es für Eltern, die mehr verdienen, den Kinderfreibetrag, der über dem Kindergeld liegt. Und dann gibt es eben auch noch Kinder, die über den Bürgergeldbezug abgesichert sind. Und da betragen die Leistungen seit Beginn diesen Jahres, je nachdem wie alt die Kinder sind, zwischen 357 und 471 Euro. Das heißt, es gibt unterschiedliche Regelungen. Darüber hinaus gibt es für Kinder, die nicht im Bürgergeldbezug sind, aber deren Eltern nicht so viel Geld verdienen, auch noch weitere Leistungen, wie zum Beispiel den Kinderzuschlag. Es gibt aber auch für Kinder im Bürgergeldbezug teilweise noch weitere Leistungen über das Bildungs- und Teilhabepaket. Es ist wahnsinnig kompliziert und es ist auch so, dass viele Kinder gar nicht alles erhalten, was ihnen zusteht, weil die Eltern das gar nicht wissen. Weil es kompliziert ist. Während das Kindergeld und der Kinderfreibetrag ja mehr oder weniger automatisch aufs Konto kommen, ist es bei diesen anderen Leistungen nicht so, die müssen beantragt werden. Das heißt, es ist einerseits sehr, sehr aufwendig und es ist auch ungerecht, weil die Kinder, deren Eltern am wenigsten haben, bekommen eigentlich auch am wenigsten. Und es ist auch noch in der Beantragung aufwändiger. Das heißt, es ist noch anspruchsvoller, daran zu kommen.

Und die Idee der Kindergrundsicherung ist jetzt zu sagen, man nimmt all diese Leistungen und fasst die zusammen. Das ist die Grundidee der Kindergrundsicherung. Und damit möchte man zwei Dinge erleichtern oder zwei Probleme der jetzigen Regelung beheben. Das eine ist, dass die Zugänge für alle gleich einfach sind, dass sie im Prinzip auch mehr oder weniger automatisch erfolgen, dass Eltern darüber informiert werden, was ihnen zusteht und das auch bekommen. Und dass diese Ungerechtigkeit, dass Kinder mehr bekommen, wenn ihre Eltern mehr verdienen, die wir im Moment haben, mit der Regelung vor allen Dingen des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages, dass die abgeschafft wird. Das war die Idee.

Und dann gibt es im Prinzip zwei Körbe. Der erste Korb folgt der Logik des Kindergeldes. Das kriegen alle, unabhängig davon, was die Eltern für ein Einkommen haben. Und dann gibt es eben für Kinder von Eltern, die ihre Kinder nicht allein finanziell versorgen können, eine einkommensabhängige Unterstützung. Das ist die Grundidee. Und der Wunsch eigentlich von allen Wissenschaftler\*innen, die sich damit befassen, war auch wirklich die Leistung des Kinderfreibetrages da mit rein zu

nehmen. Das ist jetzt in dem Gesetzentwurf, der tatsächlich dann irgendwann vorlag, vom Familienministerium schon gar nicht mehr vorgesehen.

Und es gab noch einen weiteren Wunsch, und da verweise ich jetzt einfach mal auf den Podcast, den wir mit Irene Becker und Jan Brülle aufgenommen haben. Im Kontext dieser Zusammenfassung der Leistung der Einführung einer Kindergrundsicherung, die diese Leistung eben zusammenfasst, auch das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern neu zu berechnen. Auch das ist nicht geschehen. Im Moment orientiert man sich an diesen Zusatzleistungen, die abhängig sind vom Einkommen der Eltern, an den Sätzen des Bürgergeldes. Das heißt, wir haben hier, ich habe es mal eine Rumpfverson genannt, vorliegen im Gesetzentwurf, aber immerhin, es liegt jetzt ein Gesetzentwurf vor, und der ist momentan in der parlamentarischen Abstimmung, so dass wir im Moment eine Situation haben, in der eine politische Idee umgesetzt worden ist, und ein Gesetzentwurf, der in vielerlei Hinsicht kritisiert worden ist.

Es gibt auch noch mehr daran zu kritisieren, aber der immerhin versucht, die Zugänge zu den Leistungen zu vereinfachen und das so sicherzustellen, dass alle Kinder tatsächlich das bekommen, was ihnen zusteht. Das soll passieren durch einen sogenannten Familienservice, der eingerichtet wird und der letztlich ähnlich wie dieser Logik jetzt beim Kindergeld einfach prüft für Familien, was ihnen zusteht und das sicherstellt, dass die das dann bekommen, ohne dass sie das an 1.000 unterschiedlichen Stellen beantragen müssen und ohne dass sie dafür zum Jobcenter müssen. Also dass sie in einer anderen Verwaltungslogik sind als beim Bürgergeld und dass damit hoffentlich auch als weniger stigmatisierend erfahren wird. Das ist so die Grundidee.

**Marco Herack:**

Gerade gedacht, als du das erklärt hast: Wenn man so lange eine Sache erklären muss, dann ist das ja schon ein guter Hinweis darauf, dass das wirklich reformbedürftig ist.

**Bettina Kohlrausch:**

Ich habe auch gerade gedacht, es ist kompliziert. Also ich kann auch noch mal eine kurze Version machen. Die Idee ist, alle Leistungen, die Kinder bekommen sollen, zusammenzufassen in einer Leistung und damit sicherzustellen, dass alle das bekommen, was ihnen zusteht.

**Marco Herack:**

Was natürlich erst mal ein Verwaltungsakt ist, wenn man es böse sagen will und nicht bedeutet, dass dann die Kinder danach wirklich bessergestellt sind. Außer für diesen einen Fall, wo dann Leistungen gegeben werden, die vorher schwer zugänglich waren.

**Bettina Kohlrausch:**

Ja, genau. Es gibt eigentlich zwei Verbesserungslogiken. Es ist einfach kompliziert. Das eine ist tatsächlich, dass alle die Leistungen bekommen, die ihnen zustehen. Das sind vor allen Dingen die, die ein Recht auf den Kinderzuschlag hätten. Es sind Eltern, die nicht im Bürgergeldbezug sind, aber nicht genug Geld bekommen, um ihre Kinder gut versorgen zu können mit ihrem Einkommen. Die kriegen dann eben automatisch diese Leistungen. Und da die Leistung sich dann orientieren an den Sätzen des Bürgergeldes und das altersgestaffelt ist, ist das für bestimmte Altersgruppen tatsächlich auch noch mal besser. Weil der Kinderzuschlag ist nicht altersgestaffelt, so dass es bestimmte Gruppen gibt, aber viele sind es nicht, für die es tatsächlich eine Verbesserung wäre.

**Marco Herack:**

Tom, ihr habt eine Studie zur Kindergrundsicherung gemacht und ich vermute mal, ihr habt euch nicht mit der Verwaltungslogik des Ganzen befasst. Was habt ihr untersucht?

**Tom Krebs:**

Ja, mit den Details der Verwaltungslogik haben wir uns dann nicht beschäftigt. Das stimmt, aber sie spielt da schon eine Rolle. Und in dieser Studie versuchen wir zu analysieren, was die Auswirkungen sind von einer Reform, so wie sie Bettina beschrieben hat, die es ja eigentlich leichter macht, eine Leistung zu erhalten, auf die man einen Anspruch hat. Und das ist so ein bisschen die Stoßrichtung, und da ist auch eigentlich eine Verbesserung in Sicht. Bettina hatte das schon erwähnt. Es gibt zurzeit sehr viele Familien mit Kindern, die einen Anspruch hätten auf einen Kinderzuschlag, das aber gar nicht wissen.

Und wenn die Reform dann kommt und erfolgreich umgesetzt wird durch diesen Kindersicherungscheck, der durchgeführt werden soll vom Familienservice, der schon erwähnt wurde, dann könnte es sein, das sind jetzt Schätzungen, dass bis zu 1,5 Millionen Kinder zusätzlich eine Leistung erhalten, für die sie eine Berechtigung haben, auch zurzeit schon, aber die Familien wissen das nicht. Und das wäre ja schon mal ganz gut.

Und wer sind diese Familien? Das sind jetzt gar nicht so die Familien im Bürgergeldbezug. Das ist eine andere Gruppe, auf die fokussieren wir uns gar nicht so, sondern eher die Familien, die ein mittleres, geringes Einkommen haben, also noch Berechtigung haben, einen Kinderzuschlag zu erhalten, über den Kindergeld hinaus, aber davon nichts wissen. Dieser Kinderzuschlag wird dann nach der Reform anders genannt, weil es dann eben nicht Kindergeld und Kinderzuschlag gibt, sondern nach der Reform gibt es dann ein Garantiebtrag, einen Zusatzbetrag. Das wird also dazu addiert. Aber ansonsten, außer den Begriffen ist es immer noch ein sehr ähnliches Prinzip.

Und wir fragen uns dann in dieser Studie: Wenn also in den nächsten Jahren zusätzlich diese Familien und ihre Kinder diese zusätzliche Leistung und Unterstützung erhalten, was wären die Auswirkungen? Und dazu gibt es eine gewisse Literatur, und auf der bauen wir auf. Empirische Literatur, die festgestellt hat, dass, wenn zusätzliche Zahlungen für Kinder erfolgen, dann gibt es auch am Ende eine größere Teilhabe in der Bildung und einen Bildungserfolg. Und dieser Bildungserfolg wird sich dann langfristig für die betroffenen Kinder auch in einen Arbeitserfolg umwandeln. Das heißt, es wird also die Erwerbstätigkeit ausweiten.

Und in unserer Studie ist dann die Frage und diese Frage versuchen wir dann auf Basis eines makroökonomischen Modells und einer Simulationsanalyse zu beantworten. Das ist die Frage: Was wäre dann wirklich mit diesem zusätzlichen Bildungseffekt und Arbeitsmarkteffekt? Was wären die Auswirkungen auf die Kinderarmut, auf die Chancengleichheit, auf die Erwerbstätigkeit und am Ende sogar auf die Einnahmen der öffentlichen Hand? Hat dann auch wirtschaftliche Konsequenzen. Das ist die Stoßrichtung.

**Bettina Kohlrausch:**

Vielleicht kann ich einmal noch einhaken zu diesem Bildungseffekt, weil ich glaube, dass es wichtig, das richtig zu stellen oder nicht richtig zu stellen, aber noch mal zu sagen, dass der Bildungseffekt von Armut nicht daraus resultiert, dass die Eltern sich nicht kümmern, sondern dass die Bedingungen, unter denen Kinder in Armut aufwachsen, eben so sind, dass sie das Potenzial, das sie haben, nicht entfalten können. Weil Armut Stress bedeutet, weil sie sich schämen, weil sie nicht Freunde einladen. Das ist empirisch nachgewiesen, dass Armut negative Bildungseffekte hat. Aber häufig wird ja auch gerade jetzt von den Kritikern der Kindergrundsicherung, die sagen: Ja, dann gebt den Eltern doch nicht Geld, die versaufen das nur, um es jetzt mal etwas zugespitzt zu formulieren. Das ist die Behauptung, das Geld eben nicht helfen würde, weil das gar nicht bei den Kindern ankommt. Das ist aber überhaupt nicht der Effekt, über den das läuft, sondern es ist eben einfach diese Stresserfahrung, die Armut auf ganz vielen Ebenen für die Kinder mit sich bringt und sich dann eben in geringeren Bildungserfolg niederschlägt. Und liegt nicht daran, dass die Eltern das Geld nehmen und in die nächste Kneipe tragen.

**Tom Krebs:**

Das ist ein sehr guter Punkt. Deswegen wollte ich dir das auch ein bisschen an dich übergeben. Das hast du sehr schön gesagt. Wir setzen hier an mit unserer Studie. Auch um das klarzustellen. Wir setzen da auf und diese empirische Literatur, und das stimmt natürlich wirklich, ist genau wirklich dieser Stresseffekt wahrscheinlich, der hauptsächlich dafür verantwortlich ist, dass wir empirisch sehen, dass es diese Korrelation gibt oder diesen Effekt auch von Kinderarmut auf Bildungserfolg. Das ist der Link.

Man könnte sich auch noch vorstellen und deswegen haben wir ja auch die Teilhabepakete, dass zusätzlich finanzielle Unterstützung diesen Familien dann ja auch erlauben, vielleicht teilweise gewisse Sachen an der Schule mitzumachen, die sie sonst nicht können oder nicht ausreichend können. Und andere Sachen. Also all diese Kanäle, die nehmen wir hin und dann nehmen wir die empirische Literatur. Und auf Basis dieses Wirkungskanals, dieses direkten, fragen wir uns dann. Naja, wenn wir dann also mit dieser Reform, mit dieser Kindergrundsicherung sehr viel mehr Kinder erreichen in diesen Familien, die gerade so über dem Bürgergeldbezug verdienen. Eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern, die könnten nach den neuen Regeln ein Nettogehalt bis zu 2.300 Euro haben und hätten noch eine Anspruchsbeziehung. Also da ist gerade der Cut off. Die hätten dann nicht sehr viel im Durchschnitt, aber trotzdem. Da sieht man schon, wie viele davon betroffen sind. Und man kann sich dann auch vorstellen, dass viele von denen das gar nicht wissen. Die haben das gar nicht beantragt. Und das geht natürlich dann runter, auch für andere, für niedrigere Einkommen.

Und wenn die jetzt diese zusätzliche Unterstützung hätten, dann hätten wir erstmal direkt natürlich einen Effekt auf die Kinderarmut. Aber eben dieser direkte, indirekte Effekt über den Bildungseffekt und langfristig, der interessiert uns viel mehr. Und dann stellen wir auf Basis der Simulationsanalysen eben fest, weil der Bildungserfolg halt da ist und weil damit langfristig auch der Anteil der Erwerbspersonen ohne einen Schulabschluss geringer wird, also der Anteil der gering Qualifizierten, wird sich langfristig die Erwerbsbeteiligung und die Erwerbstätigkeit erhöhen. Wir haben das, um eine Zahl zu nennen, dann, wenn es so erfolgreich umgesetzt wird, 440.000 Kinder weniger in Kinderarmut haben. Einmal direkt, natürlich im Effekt, aber auch im indirekten Effekt. Und wir würden dann auch sehr stark die Chancengerechtigkeit stärken. Oder in dem Sinne von einer Chancenlücke, die wir berechnen, als den Unterschied von dem durchschnittlichen Gehalt einer Familie ohne Bildungsabschluss relativ zu dem Gehalt einer Familie mit einem Bildungsabschluss. Und insofern ist diese sogenannte Chancenlücke dann auch geringer.

Und dann, wenn man unbedingt möchte, kann man natürlich auch sagen okay, wir haben eine höhere Erwerbsbeteiligung, wir finden bis zu 160.000 vollzeitäquivalente Stellen. Da wird natürlich auch mehr erwirtschaftet. Und wenn wir dann in die Richtung gehen, das sind natürlich unsere Simulationsanalysen, die sollte ich nicht vergessen. Es ist gut für die Wirtschaft am Ende, obwohl man immer betonen sollte, wir machen es nicht nur für die Wirtschaft. So möchte ich unsere Studie nicht interpretiert haben.

Aber es ist ja nicht ganz unwichtig, und es ist auch für den Fiskus langfristig, aber das heißt natürlich viele Jahre, wir müssen natürlich für diesen Effekt sehr lange warten. Der beginnt natürlich erst nach 20 Jahren. Zeigt er sich erst aber langfristig, dann hätte man sogar zusätzliche fiskalische Einnahmen, zusätzliche Steuereinnahmen, weil die Erwerbstätigkeit hochgegangen ist, die sogar die Kosten, die

Anfangskosten ausgleichen. Also es würde sich sogar finanzpolitisch lohnen in der langen Frist. Es ist also in diesem Sinne auch eine gute Investition in unsere Gesellschaft, wenn man das mal so sagen möchte.

**Marco Herack:**

Ja, das klingt ja fast so einfach oder.

**Tom Krebs:**

Guter Punkt. Also zwei, drei Sachen. Klingt so einfach. Naja, die Renditen, das sind natürlich sehr langfristige Erträge. Die Kosten sind ja jetzt und die Politik muss sich jetzt entscheiden. Und wenn man natürlich eine Haushaltspolitik á la FDP führt, dann weiß man, was passiert. Und genau das ist eben diese kurzfristige Sichtweise der marktliberalen Ökonomen und der FDP, die zwar vielleicht im Prinzip das immer sagen, aber dann auch immer in ihrem Budget festhalten wollen, weil sie am Ende doch einen kleinen Staat haben wollen. Und das doch nicht wirklich, dass sagen sie natürlich nicht so. Und wie gesagt, die Überschüsse, die kommen ja erst nach 20, 30 Jahren. Also das ist immer das Problem und warum man eigentlich einen Staat braucht. Das zweite Problem ist natürlich, was wir diskutieren, ist jetzt die Umsetzung, die bürokratisch nicht so ganz einfach ist. Da können wir gleich noch mal darauf hinaus, auch wenn uns in unserer Studie und unsere Makrosimulationen jetzt nichts dazu zu sagen haben. Aber es ist ja die Frage, wie wir jetzt wirklich diese Familien erreichen. Das hört sich ja erstmal gut an, aber wie erreichen wir sie? Es wird einfacher für die Familien, aber wir brauchen natürlich ein bisschen mehr Verwaltung. Das heißt, man braucht zusätzliches Personal in den Verwaltungen. Das geht nicht nur mit dem Digitalisierungstraum. Es ist keine Märchenwelt. Und dann hat man natürlich auch wieder die Diskussion und das können wir ja gleich noch mal ein bisschen diskutieren. Also in der Umsetzung ist es am Ende schwierig und es ist halt eine langfristige Sache. Und es gibt ja auch ideologische Gründe, warum man das nicht will. Und dann, wie Bettina schon erwähnt hat, wird dann plötzlich immer davon geredet, dass die Eltern das ja sowieso nur für Alkohol und Zigaretten verwenden, wofür es wenig Evidenz gibt. Aber da sieht man schon, wie ideologisch die Debatte ist.

**Bettina Kohlrausch:**

Genau. Also alle Untersuchungen widerlegen das dazu, dass es nicht bei den Kindern ankommt. Natürlich gibt es auch bei armen Eltern vermutlich Eltern, die sich nicht optimal um ihre Kinder kümmern, genauso wie es das bei Reichen gibt. Aber in der Regel zeigen die Studien, dass die Eltern eher bei sich selbst sparen als an den Kindern. Und ich finde, dass man aber an dieser Studie, deshalb sind wir auch so froh, dass ihr das für uns berechnet habt, Tom, auch gut noch mal die Logik von Sozialpolitik zeigen kann.

Wenn man investiert, dann rechnet sich das eben auch. Man schafft einfach eine Gesellschaft, in der Menschen ihre Potenziale entfalten können. Und das nutzt am

Ende allen. Das nutzt den Menschen, aber das nutzt eben auch der Gesellschaft und es rechnet sich sogar volkswirtschaftlich. Das heißt, es ist auch gerade in Zeiten von Fachkräftemangel völlig absurd, jetzt an dieser Generation zu sparen. Und wir haben ja schon steigenden Anteil von bildungsarmen Menschen, also Bildungsarm bezeichnet man in der Bildungsforschung die Menschen ohne berufsqualifizierenden Abschluss. Und dieser Anteil ist gestiegen und wir können uns das schlicht nicht leisten, Kinder in Armut aufwachsen zu lassen. Abgesehen davon, dass es natürlich auch wirklich für die Kinder eine sehr, sehr schlimme, prägende Erfahrung in einer sehr wichtigen Lebensphase ist, wenn sie in Armut aufwachsen, wenn die fünf Jahre arm sind, dann ist das ein Großteil ihrer Kindheit. Und das sind Erfahrungen, die nehmen die für den Rest des Lebens mit. Und das hinterlässt eben auch Folgen in ihrer Biografie.

Insofern wäre es in jeder denkbaren Hinsicht eine sinnvolle Investition. Aber dafür muss man natürlich ein bisschen langfristig denken und auch ein bisschen anderes Verständnis von Sozialstaat entwickeln, der eben andere Funktionen hat, als einfach nur, dass das Allernötigste zur Verfügung zu stellen, sondern es geht darum, Rahmenbedingung zu schaffen, in denen Menschen ihre Potentiale entfalten können und sich entwickeln können.

**Marco Herack:**

Tom, du hast gerade eben was gesagt, was mich hat aufhorchen lassen. Du hast gesagt, dass man da natürlich dann auch mehr in Verwaltung investieren muss, um sicherzustellen, die Leute zu erreichen oder auch die Gelder dann auch entsprechend zu verteilen. Das heißt, mit einem etwas weniger zynischem Blick auf das, was wir bisher haben. Also bevor jetzt die Kindergrundsicherung vielleicht irgendwann mal Gesetz wird, könnte man schon sagen, da wurden dann halt Gelder verteilt. Aber man hat halt gesagt, naja, bevor wir jetzt hier einen Haufen Geld dafür ausgeben, dass die Gelder verteilt werden, gibt man diesen Effort an die Menschen, die müssen ihnen dann bringen. Also das wäre die weniger zynische Sichtweise. Weil ich habe immer so den Eindruck gehabt, da wurde was gestrickt, da müssen sich die Leute irgendwie aufwendig drum kümmern, dass sie das Geld bekommen, irgendwie. Und dann weiß man schon, na ja, die Hälfte holt es eh nicht ab. Und dann ist eigentlich die Ausgabe viel kleiner, die wir da als Wohltat rausgegeben haben.

**Tom Krebs:**

Ja, das ist eigentlich auch im Prinzip das Gute dieser Reform und des Familienservice, dass wir zusätzlich Menschen, die ein Anrecht haben, auch wirklich diese Leistungen zukommen lassen und diese staatlichen Gelder, diese Förderungsmittel nicht nach dem Prinzip verteilt wird: Wer am besten da hinterher ist, der kriegt am meisten. Das ist eigentlich auch etwas, was dann auch immer diese negative Einstellung zum Staat an sich hervorruft, aber das ist immer die Ministeriendenke und sicherlich im Finanzministerium, da freut man sich, wenn Fördergelder nicht



ausgegeben werden. Wenn ich das Förderprogramm gut finde, müsste ich ja eigentlich sagen, ja gut, dass das abgerufen wird. Nein, so wird da nie gedacht. Umso weniger, umso besser. Damit bricht man so ein bisschen jetzt. Und deswegen kann man natürlich sich auch schon vorstellen, abgesehen von der Parteienlogik, dass es da eine Diskussion gibt zwischen Finanzministerium und dann dem Fachministerium, dem Familienministerium, die dafür verantwortlich sind. Also dass da auch schon wieder ganz anders gedacht wird.

Zweitens ist es natürlich so, wenn man sich jetzt ganz konkret das vorstellt, jetzt, und da komme ich dann auch auf die Schwierigkeiten. Wir möchten jetzt also Familien erreichen, die sind nicht im Bürgergeldbezug, also die sind erstmal vielleicht im Prinzip gar nicht beim Jobcenter, die kennen wir ja nicht. Da müsste es natürlich dann eine Verwaltung geben, einen Familienservice, die dann einfach so sich überlegt, welche Familien hätten denn Anspruch? Und da sieht man übrigens schon die Datenschutzprobleme, die in der Umsetzung scheinbar wirklich kompliziert sind. Das kann man sich schon wieder vorstellen. Das heißt, es wird wahrscheinlich auch im ersten Schritt nicht so kommen, dass man ganz konkret die Familien anschreiben kann und schon sagen kann: Ihr bekommt genau das, weil das natürlich voraussetzen würde, dass der Staat ganz genau weiß, die Steuerdaten sind da, aber eigentlich sollten die ja geheim bleiben. Da gibt es übrigens schon die Diskussion. Aber man kann ja wenigstens trotzdem einen Familienservice haben, der proaktiv auf gewisse Familien zugeht. Aber dass das natürlich zusätzliche Stellen braucht, ist ja auch klar. Ja, also es ist absurd zu denken, wenn ich einen zusätzlichen Service für die Familien schaffe, dass ich das ganz ohne zusätzliches Personal kann.

Wir können darüber streiten, ob diese Zahl 5.000 richtig ist, die ja auch jetzt nicht vom Ministerium kam, sondern von der Bundesagentur. Und ob man weniger braucht und wie viel Digitalisierung dann auch zusätzlich Einsparungen bringt. Aber Digitalisierung kommt ja sowieso. Das ist ja ein bisschen unabhängig von dieser Kindergrundsicherung. Das heißt, das muss man ein bisschen unterscheiden. Und man muss aber schon zugestehen, erstens a) dass der Staat dann mehr Geld ausgeben wird, weil er Familien erreicht, die einen Anspruch hatten und den vor und nicht in Anspruch genommen hat. Das ist schon mal für die Beamten im Finanzministerium schlecht, weil mehr Gelder abfließen. Entschuldigung, muss ich so sagen, so denken die immer. Und b) muss man natürlich zusätzliche Verwaltungsstellen schaffen. Das ist so! Jetzt kann man noch diskutieren, wie viele und ob man irgendwo sparen kann. Aber das Prinzip gilt. Das muss so sein und das ist dann nicht mehr Bürokratie. Also natürlich kann man es so nennen, wenn man FDP heißt, aber es ist, man kann es auch nennen, bürgerfreundlicher Service. Das ist eine etwas abwegige Diskussion.

Übrigens ein Punkt noch zu Bettina, weil ich das nur unterstreichen möchte. Ich möchte diese Studie auch mehr so als Teil eines größeren Programmes sehen. Wir hatten davor auch schon andere Simulationen durchgeführt und wo es wirklich mehr

darum geht, den Sozialstaat größer zu denken. Und auch natürlich die langfristigen Renditen der Kinderbetreuung in den Kitas und den Ausbau des Ganztagsunterrichts. Also genau da hatten wir auch angesetzt. Und auch da ist die Diskussion ja ähnlich. Alles, was wir wissen, ist, dass die Bildungsrenditen da sehr hoch sind. Also jeder Euro, den wir da investieren, der lohnt sich wirklich. Aber natürlich, der kommt erst rein in ganz vielen Jahren. Und wir brauchen beides. Natürlich. Wir brauchen diese Kindergrundsicherung, direkte Zahlungen. Aber wir brauchen natürlich auch die Bildungsinfrastruktur und die Öffentliche. Also man sollte das nicht gegeneinander ausspielen. Der Vorteil natürlich einer solchen Reform ist, dass man es sehr schnell umsetzen könnte, wenn man denn wollte.

Ganztagsunterricht. Um den auszubauen, brauche ich natürlich hauptsächlich die Länder. Und ich brauche zusätzliche Betreuerinnen oder Lehrerinnen und Lehrer. Und da sieht man schon, warum das dann auch aus anderen Gründen schwierig ist. Es sollte nicht so schwierig sein, wie es gemacht wird. Man kann viel mehr machen. Aber natürlich. Diese Sache zum Beispiel könnte man eigentlich im Prinzip ziemlich schnell umsetzen. Deswegen ist es eigentlich sehr schön. Aber wie gesagt, politische Widerstände sind da.

**Bettina Kohlrausch:**

Und es ist auch beschlossen im Koalitionsvertrag. Es ist jetzt nicht was ich spontan.

**Tom Krebs:**

Aber was heißt das schon?

**Bettina Kohlrausch:**

Ja, das stimmt schon. Aber es ist eigentlich auch nachvollziehbar, dass das auf der Agenda steht. Und es ist natürlich auch eine sehr komplexe Reform, weil einfach so viele Maßnahmen eigentlich zusammengefasst werden sollen. Insofern ist es auch nachvollziehbar, finde ich, dass das mit einem gewissen Verwaltungsaufwand verbunden ist. Aber ich bin da bei Tom. Das würde sich mit Sicherheit lohnen. Und wie das am Ende ausgestaltet wird, darüber kann man ja sicherlich auch reden. Aber das Ziel darf eben nicht aus den Augen verloren gehen, nämlich, dass man da sicherstellt, dass alle das, was ihnen zusteht, auch erhalten. Weil das ist eben die ganz, ganz große Ungerechtigkeit in dem aktuellen System, dass das nicht der Fall ist, dass es die einen automatisch erhalten, nämlich die, die Kindergeld erhalten und Kinderfreibetrag und sich die anderen eben bemühen müssen. Oder wie im Bürgergeld, das eben auch mit sehr viel Verwaltung von deren Seite letztlich verbunden ist und also von Seiten der Empfänger.

Und das zu vereinfachen und auch als weniger stigmatisierende Erfahrung zu organisieren, das halte ich schon für absolut angemessen und sinnvoll, weil was Tom gesagt hat, also wir haben ja auch wenn man sich die demografische Situation in Deutschland anguckt, dann ist es auch aus volkswirtschaftlicher Sicht geboten, sich um die wenigen Kinder, die wir haben, sehr gut zu kümmern. Aber das ist es eben sowieso, weil die Kinder für ihre Lebenssituation

wirklich überhaupt nichts können und es in sehr, sehr vielen Studien nachgewiesen ist, wie belastend das für Kinder ist, in Armut aufzuwachsen und wie nachhaltig diese Erfahrung sie für den Rest des Lebens prägt. Und ich finde, eine Gesellschaft, die ja wirklich reich ist, sollte es hinbekommen, sicherzustellen, dass kein Kind in ihr in Armut aufwachsen muss. Und so schwierig ist es nicht. Wobei man auch sagen muss, dass was da vorliegt als Gesetzentwurf würde Kinderarmut nicht abschaffen, das ist ganz klar. Aber wenn selbst diese Rumpfverson solche positiven Effekte hat, dann könnte man sich ja auch mal überlegen, welche positiven Effekte hätte denn eine Maßnahme, die wirklich Kinderarmut abschaffen würde? Ich weiß nicht, Tom, ob du da spontan mal überschlagen kannst, aber wahrscheinlich werden die Effekte dann ja noch mal deutlich größer, oder?

**Tom Krebs:**

Ja und ein kleines Nein. Manchmal bin ich ja doch noch Ökonom, da komme ich gleich drauf zurück. Vielleicht noch mal das zu unterstreichen. Auch, was Bettina gerade gesagt hat. Wir in dieser Studie untersuchen nur dass wir mehr Leute reinziehen, Familien und Kinder reinziehen in die Förderung, aber nicht, dass sie mehr bekommen als die, die sowieso schon jetzt den Kinderzuschlag oder im Bürgergeldbezug etwas erhalten. Darum ging ja die Diskussion gerade um die Familien Bürgergeldbezug. Und da sollte man übrigens auch immer darauf hinweisen das sind a) hauptsächlich die Arbeitslosen, aber auch b) die Erwerbstätigen, die aufstocken und das sind dann häufig eben die Alleinerziehenden. Also das wird auch häufig vergessen. Und da ist natürlich die Diskussion, das meinte Bettina jetzt, dass das, was wir zurzeit haben und alle anderen natürlich dann entsprechend auch eine höhere Zahlung haben für die Kinder. Und da macht diese Gesetzesregelung nicht sehr viel. Also ich glaube, das hört sich jetzt relativ zu den Erhöhungen, die wir ja sowieso schon hatten in dieser Legislaturperiode und deswegen heißt es Rumpfverson immer und wenn man da natürlich den Forderungen nachgehen würde, die Bettina hätte und die Sozialverbände, dann würde man sicherlich natürlich die Kinderarmut abschaffen und würde auch sehr viel zusätzliche positive Effekte haben in die Richtung, die wir haben. Dann wäre es natürlich wesentlich größer. Das stimmt. Man hätte dann natürlich teilweise auch schon einen Effekt, wenn diejenigen, die jetzt nicht erwerbstätig sind, wesentlich mehr bekommen, aber diejenigen, die dann erwerbstätig sind, eigentlich fast nicht sehr viel mehr bekommen, dass man schon überlegen müsste, was sind die negativen Anreizeffekte für die Erwerbstätigkeit der Eltern, nicht der Kinder. Also da sind alles positive Effekte und da kann man dann schon ein bisschen diskutieren. Da geht es dann eben um den Lohnabstand. Aber da würde ich natürlich sagen, wir wollen den Mindestlohn natürlich sowieso auf 14 oder 15 Euro erhöhen. Und wenn wir das dann machen, dann können wir da auch ein bisschen relaxter sein bei den Beziehern. Das würde ich natürlich als Paket dann immer vorschlagen. Und dann werde ich dann auch als Ökonom mit den Anreizeffekten beruhigt.

**Bettina Kohlrausch:**

Ich meine, im Moment sehen wir ja, dass Alleinerziehende eine höhere Erwerbstätigkeit aufweisen als andere Frauen und als Mütter, die nicht erwerbstätig sind. Also, wenn man die Mütter vergleicht, meistens sind die Alleinerziehenden ja Mütter. Aber die Annahme ist dann zu sagen, das könnte dazu führen, dass sie weniger Erwerbsanreize haben, wenn sie mehr Geld hätten.

**Tom Krebs:**

Ja, also der typische Vergleich wäre dann, es geht natürlich sowieso nur um die Kinder, also da muss man dann eben speziell sein. Und wenn wir bei den Alleinerziehenden sind sehe ich diesen negativen Anreizeffekt auch kaum. Aber man könnte sich vorstellen, dass er teilweise da ist. Also wenn es so konstruiert ist, und es muss ja nicht so sein, dass die zusätzlichen Leistungen dann eben stärker zu denjenigen gehen, die keine Arbeit haben, auch bei den Alleinerziehenden. Dann könnte man sich dann vorstellen, dass das so ist. Aber natürlich kann man es auch so konstruieren, dass das nicht so passiert, dann wäre es so in Ordnung.

**Bettina Kohlrausch:**

Wie das dann konkret geregelt wird, ist, glaube ich, wirklich auch einfach noch nicht so ganz klar. Aber es wird natürlich auch abgeschmolzen.

**Tom Krebs:**

Also der Lohnabstand ist sowieso immer positiv. Also wir führen hier jetzt nicht die Wahnsinns CDU/FDP-Debatte. Aber es ist ja eine Sache zu sagen, der Abstand zwischen Lohn- und Bürgergeldbezug ist immer positiv. Also man hat immer mehr, aber man kann ja darüber reden. Ein größerer Abstand ist vielleicht für die Erwerbstätigkeit und die Anreize bei einigen Menschen schon besser. Also es kommt auf die Lebenssituation an. Was ich aber eben nur sagen wollte, wenn man das denn dann ganz groß ansetzt, muss man diese Dimension sicherlich berücksichtigen. Und auch politisch halte ich das für richtig. Zum Beispiel konnte man es ja ganz genau sehen. Und wie gesagt, ich würde es eben dadurch regeln, dass ich gleichzeitig natürlich erstens diesen Kinderzuschlag, also wirklich sicherstelle, dass all die anderen, die erwerbstätig sind und vielleicht gar nicht im Bürgergeldbezug entsprechend auch mehr für die Kinder bekommen. Dafür muss ich natürlich auch sicherstellen, dass dies überhaupt wissen, dass sie ein Anrecht haben. Also wenn ich das sicherstelle, dann sehe ich da auch kein Problem. Also insofern wollte ich nur sagen, also die Diskussion müsste man dann ein bisschen mehr führen. Die mussten wir in unserer Studie gar nicht, weil es sowieso nur um Leute ging, die erwerbstätig waren. Der zweite Punkt ist natürlich auch, dass man auch politisch sieht, wenn man so was dann eben verkehrt rum angeht. Und das war ja halt jetzt Zufall, wo wir richtigerweise zum Beispiel jetzt gehe ich mal zu Anfang 2023 zurück, die Berechnungen für die Bürgergeldempfänger ja schon geändert hatten und richtigerweise die Inflationsanpassung hatten und dann einige Monate später aber es nicht schaffen für den Mindestlohn eine Inflationsanpassung zu machen. Dann haben wir genau diese

Wahnsinnsdebatte, also politisch. Und natürlich sagen die Leute dann, was ist denn hier los? Deswegen möchte ich das immer als Paket sehen.

**Bettina Kohlrausch:**

Genau das würde ich auch so sehen. Lohnabstand kann man immer von zwei Seiten gucken. Man kann natürlich auch einfach an der Lohnschraube drehen, wenn man einen angemessenen oder einen größeren Lohnabstand haben möchte. Und da sind wir uns ja absolut einig. Und Tom bringt ja auch völlig zu Recht regelmäßig seine Empörung darüber zum Ausdruck, dass es überhaupt nicht gelungen ist, den Mindestlohn da angemessen anzuheben. Würde ich auch sagen. Man kann, glaube ich, sozialstaatliche Leistungen, wenn man diskutiert, wir müssen ja ausgestaltet sein, kann man das nicht mehr diskutieren, ohne auch zu überlegen, wie muss eigentlich eine angemessene Lohnuntergrenze ausgestaltet sein? Weil ansonsten ist man da in einer Negativspirale. Und das haben wir ja eben auch diskutiert, welche Folgen das hat.

**Tom Krebs:**

Das meinte ich nur. Und selbst wenn diese Effekte klein sind, weil sie ja theoretisch nicht ganz abwegig sind, dann hat man dann immer drei Fälle, wo es wirklich komisch aussieht. Beispiele für Familien, wo es vielleicht wirklich komisch aussieht, dann die Berechnung. Wie gesagt, der Abstand wird immer positiv sein, aber das kann ja sehr klein sein. Das heißt, da muss man schon ein bisschen aufpassen.

**Marco Herack:**

Damit wären wir dann am Ende dieser Folge. Ich bedanke mich recht herzlich bei Bettina Kohlrausch und Tom Krebs.

**Bettina Kohlrausch:**

Ich danke Dir.

**Tom Krebs:**

Danke.

**Marco Herack:**

Und zum Schluss wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, könnt ihr uns beispielsweise auf X antickern @boeckler\_de oder auch per E-Mail an [systemrelevant@boeckler.de](mailto:systemrelevant@boeckler.de). Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Die angesprochene Folge 187 habe ich noch in die Shownotes gestellt. Also die werdet ihr dort finden. Dort dann auch unser Geschichtspodcast, der neu herausgekommen ist oder neu gestartet ist. Und natürlich auch die Pressemitteilung zu dem, was wir hier besprochen haben. Also auch das werdet ihr dort finden. Also vielen Dank fürs Zuhören, Euch eine schöne Zeit und bis demnächst. Tschüss.

**Bettina Kohlrausch:**  
Tschüss.

**Tom Krebs:** Tschüss.